

**Friedrich
Ebert
Stiftung**

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Europa

Polen – politische Vereinnahmung, strukturelle Schwächen und die Herausforderungen einer echten Reform

Dr. Sonia Horonziak

Die neue von der Bürgerlichen Koalition geführte Regierung in Polen versuchte unmittelbar nach ihrem Amtsantritt 2023, die Kontrolle über die öffentlichen Medien zurückzuerlangen – allerdings mit rechtlich umstrittenen Mitteln, darunter der Austausch von Führungspersonal und die Einleitung der Liquidation von TVP und Polskie Radio. Eine umfassende Reform, etwa die Abschaffung des Nationalen Medienrats und eine stabile, entpolitisierte Finanzierung, ist angekündigt, bleibt jedoch politisch unsicher. Insgesamt zeigt der Befund, dass ohne tiefgreifende strukturelle Änderungen die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Polen weiterhin gefährdet bleibt.

I. Einleitung: Politischer und sozialer Kontext

Die Stellung der öffentlich-rechtlichen Medien, die während der kommunistischen Volksrepublik Polen (1944–1989)

etabliert wurde, verknüpfte über Jahre hinweg die herrschende Partei mit der Kontrolle über den Mediensektor und dessen Inhalte. In den Ländern, die aus dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks zwischen 1989 und 1991 hervorgingen, setzte ein notwendiger Übergang hin zu einem demokratischen Verständnis öffentlicher Medien ein – allerdings mit unterschiedlichen Ergebnissen. Polen, das versuchte, sich von seiner kommunistischen Vergangenheit zu distanzieren, begann, das sogenannte hybride liberale Modell zu übernehmen, was zu einer starken Kommerzialisierung führte, die sich in einer Boulevardisierung der Medieninhalte niederschlug (Dobek-Ostrowska 2022). Ermöglicht wurde damit auch die Entwicklung eines externen Medienmarktpluralismus mit einer Vielzahl kommerzieller Sender. Zunehmende Politisierung der Medien, mangelnde Transparenz und Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaft und Medieneliten zeigten sich jedoch in den Jahren darauf. Eine der bedeutendsten Manifestationen

dieses Prozesses, die ans Licht kam, war die Rywin-Affäre¹ – ein Korruptionsskandal, in den Vertreter:innen aus Politik und Medien verwickelt waren. Die endgültige Hinwendung zum politisierten Medienmodell wurde in Polen nach 2015 immer deutlicher.

Die Jahre 2015 bis 2023 in Polen, die mit der politischen Propaganda und der „Strategie der Re-Polonisierung“ der Medien² unter der PiS-geführten Regierung³ verbunden waren, hinterließen Spuren im Image des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und untergruben dessen Status als unabhängiges öffentliches Medium. Die Konsolidierung der Kontrolle über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verstieß gegen dessen gesetzliche Verpflichtung, im öffentlichen Interesse zu arbeiten, und machte ihn stattdessen zu einem Propagandainstrument der Regierungspartei (Civil Liberties Union for Europe 2022). Erhebliche Veränderungen in der Leitung und Redaktion der öffentlichen Medienstrukturen, einschließlich der Einrichtung des Nationalen Medienrats⁴, in Verbindung mit einer ständigen Untergrabung alternativer Medienquellen, führten zu einer stark voreingenommenen Berichterstattung, die politische Gegner:innen diskreditierte und jede Form von Opposition als „Agenten“ ausländischer, böswilliger Kräfte darstellte (Freedom House 2022).

Diese Vereinnahmung der öffentlichen Medien durch den Staat führte zu einem drastischen Rückgang des Vertrauens der Öffentlichkeit in diese Institution und deren Glaubwürdigkeit (siehe Abbildung 1).

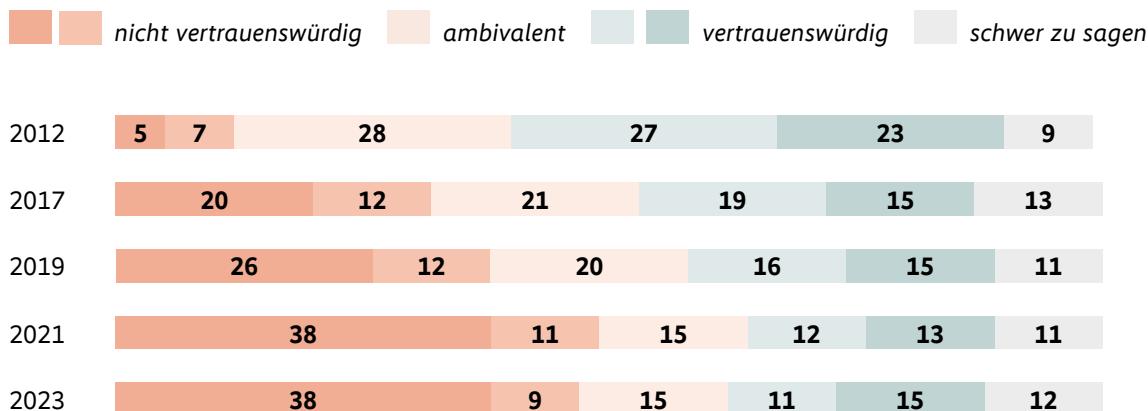
Die sichtbarsten Auswirkungen dieser Maßnahmen traten während des Parlamentswahlkampfs 2023 zutage. In dieser Phase verstießen die öffentlichen Medien wiederholt gegen das Rundfunkgesetz, das vorschreibt, dass die Programme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten „pluralistisch, unparteiisch und ausgewogen“ zu gestalten sind. Wie aus dem ODHIR-Bericht zu den polnischen Parlamentswahlen hervorgeht, fiel die Berichterstattung über die von der PiS geführte Regierung auf TVP1 und TVP2 zwar quantitativ begrenzt aus, war jedoch überwiegend positiv und griff häufig zentrale Wahlkampfbotschaften auf. Die Oppositionspartei Bürgerplattform erhielt demgegenüber deutlich mehr Sendezeit, die jedoch in weiten Teilen stark negativ gefärbt war (ODHIR 2024).

Für die neue, von der Bürgerlichen Koalition (Koalicja Obywatelska, KO) geführte Koalitionsregierung⁵, die nach den Parlamentswahlen 2023 gebildet wurde, war die Wiederherstellung der Unparteilichkeit der öffentlichen Medien eines der wichtigsten Wahlversprechen (Helsińska

Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (TVP1, TVP2, TVP Info)

Abb. 1

Wie beurteilen Sie die Glaubwürdigkeit der Nachrichten- und Informationssendungen, die im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt werden?



Quelle: CBOS 2023.

¹ Bei der Rywin-Affäre handelt es sich um einen Korruptionsskandal, benannt nach dem polnischen Filmproduzenten Lew Rywin. Rywin wurde 2002 beschuldigt, eine Bestechung in Höhe von 17,5 Millionen Dollar arrangiert zu haben, um Einfluss auf ein neues Mediengesetz zu nehmen, angeblich im Auftrag des damaligen politischen Umfelds von Premierminister Leszek Miller.

² Die Strategie der „Re-Polonisierung der Medien“ (Strategia repolonizacji mediów) war ein politisches Projekt und Wahlversprechen der Regierung der Vereinigten Rechten (2015–2023), das eine Begrenzung der Beteiligung ausländischer Unternehmen am Medienmarkt vorsah, sich aber in erster Linie gegen polnische Privatmedien richtete, die sich gegen die Regierung stellten, und die Vorherrschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks festigen sollte.

³ Vom 16.11.2015 bis zum 13.12.2023 wurde Polen von der Koalition Vereinigte Rechte (Zjednoczona Prawica) regiert, die sich aus den beiden größten rechten Parteien zusammensetzte: Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Souveränes Polen (Suwerenna Polska, ehemals Solidarna Polska).

⁴ Der 2016 von der PiS-geführten Regierung gegründete Nationale Medienrat (Rada Mediów Narodowych) ist ein Kollegialorgan, das unter anderem für die Ernennung und Entlassung von Vorständen, Aufsichtsräten und Programmräten der staatlichen Medienunternehmen zuständig ist.

⁵ Der Begriff „KO-geführte Koalition“ basiert auf der Koalition vom 15. Oktober, die nach den Parlamentswahlen 2023 gebildet wurde und (zu diesem Zeitpunkt) folgende Parteien umfasste: KO (Koalicja Obywatelska), Polen 2050 (Polska 2050), Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe) und Neue Linke (Nowa Lewica).

Fundacja Praw Człowieka 2023). Vor allem aufgrund der politisch motivierten Führung der staatlichen Medienunternehmen durch die Vorgängerregierung und der Haltung des von der PiS unterstützten Präsidenten Andrzej Duda, der sich gegen jegliche Veränderungen in den öffentlichen Medien aussprach, erwies sich die Umsetzung dieses Wahlversprechens jedoch als schwierig. Das wiederum veranlasste die neue Regierung zu einer Reihe von Maßnahmen, die über die üblichen Verfahren hinausgingen und deren Rechtmäßigkeit wie auch Transparenz fraglich sind. Letztendlich wurden die staatlichen Unternehmen Telewizja Polska (TVP), Polskie Radio und Polskie Wiadomości Prasowe in Liquidation gestellt, was aufgrund des fehlenden klaren Zusammenhangs mit wirtschaftlichen Aspekten kritisch hinterfragt wird. Der Prozess zur Wiedererlangung der Kontrolle über die öffentlichen Medien in Polen fand seinen Abschluss in der Neubesetzung der Positionen im Nationalen Medienrat, der 2016 unter der PiS-geführten Regierung eingerichtet worden war, nun jedoch mit Vertreter:innen der regierenden Koalition besetzt wurde. Damit blieb die politische Verflechtung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit der jeweils regierenden Partei bestehen, ohne dass die tiefgreifende Politisierung der Führungsstrukturen in den Fernsehanstalten behoben worden wäre. Zwar betont die aktuelle Regierungskoalition, die Auflösung des Nationalen Medienrats solle Bestandteil eines neuen Mediengesetzes sein, doch sind bislang (Stand September 2025) keine Schritte zu dessen Umsetzung erfolgt. Angesichts des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen 2025, aus denen Karol Nawrocki – ein der Regierung unliebsamer rechter Kandidat – als Sieger hervorging, erscheint es zudem fraglich, ob das geplante Gesetz zur Reform des öffentlich-rechtlichen Mediensystems in der von der Regierungspartei vorgesehenen Form verabschiedet werden kann.

2. Systematische Analyse der öffentlich-rechtlichen Rundfunkdienste in Polen

2.1 Öffentliche Medien: Rechtliche Grundlagen und Funktionsweise

Die Tätigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Polen wird durch verschiedene Vorschriften geregelt, darunter die Verfassung⁶, das Rundfunkgesetz (ustawa o radiofonii i telewizji)⁷ und das Gesetz über den Nationalen Medienrat (ustawa o Radzie Mediów Narodowych)⁸. Gemäß dem Rundfunkgesetz besteht der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Polen aus Einrichtungen, die im öffentlichen Interesse tätig sein und einen sozialen Auftrag erfüllen sollen, indem sie Informationen bereitstellen, kulturelle und künstlerische Güter zugänglich machen, die Nutzung von Bildungs-, Sport- und wissenschaftlichen Errungenschaften erleichtern, die politische Bildung fördern, Unterhaltung bieten

und die nationale audiovisuelle Produktion unterstützen. Zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Polen gehören die staatlichen Unternehmen Polnisches Fernsehen (Telewizja Polska S.A. – TVP) und Polnisches Radio (Polskie Radio S.A.) sowie regionale Sender des Polnischen Radios. Das Verfassungsorgan, das die Meinungsfreiheit, das Recht auf Information und das öffentliche Interesse im Bereich des Rundfunks und Fernsehens schützt, ist der Nationale Rundfunkrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT). Seit 2016 gibt es jedoch eine weitere Institution in diesem Bereich in Polen: den Nationalen Medienrat, der einige der Befugnisse des KRRiT übernommen hat und unter anderem für die Ernennung und Entlassung der Leitungsgremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zuständig ist. Darüber hinaus befinden sich seit Dezember 2023 alle staatlichen Medienunternehmen in Liquidation. Obwohl diese Situation nun schon seit über 20 Monaten andauert (Stand September 2025), werden diese Unternehmen weiterhin aus dem Staatshaushalt kofinanziert, während der Liquidationsprozess bis heute nicht aufgehoben wurde (mehr dazu in Kapitel 3).

2.2 Finanzierung öffentlicher Medien: Mechanismen, Herausforderungen und Perspektiven

Die Grundlage für die Finanzierung der öffentlichen Medien in Polen bildet die Rundfunk- und Fernsehgebühr. Seit April 2005 ist das Gesetz über Rundfunkgebühren⁹ in Kraft. Es stellt sicher, dass die eingenommenen Gebühren weitergeleitet werden, damit die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ihren öffentlichen Auftrag erfüllen können. Der Nationale Rundfunkrat entscheidet jährlich über die Höhe der Gebühren. Dieses System wird jedoch seit vielen Jahren aus mehreren Gründen als ineffektiv bezeichnet. Erstens ist die Polnische Post (Poczta Polska) für die Erhebung der Gebühren zuständig und überwacht auch die Einhaltung der Verpflichtung zur Registrierung von Empfangsgeräten und zur Zahlung der Rundfunkgebühr. Die Polnische Post erbringt diese Dienstleistungen nicht pro publico bono, sondern gegen eine vereinbarte Gebühr. Daher erhalten die Medien nur einen Bruchteil der eingenommenen Rundfunkgebühren (Maślak-Stępnikowska 2024). Am problematischsten ist jedoch, dass die Effizienz der Gebührenerhebung in Polen seit Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau liegt. Ein Bericht der KRRiT aus dem Jahr 2025 zeigt, dass nur etwa 38,8 Prozent der Haushalte (4,5 Millionen) ihre Empfangsgeräte registriert haben und lediglich 32,1 Prozent der zahlungspflichtigen Haushalte und Unternehmen (0,7 Millionen) ihre Lizenzgebühren bis Ende 2024 bezahlt hatten (KRRiT 2025). Nach der Prognose der KRRiT werden die Abonnementeinnahmen im Jahr 2025 noch niedriger ausfallen als 2024 und sich auf 142 Millionen Euro belaufen. Darüber hinaus sind zusätzliche Kontrollen zur

⁶ Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 2 kwietnia 1997 r., Dz. U. z 1997 r. Nr 78, poz. 483.

⁷ Gesetz vom 29.12.1992 über Rundfunk und Fernsehen, Gesetzblatt 1993 Nr. 7 Pos. 34.

⁸ Gesetz vom 22.6.2016 über den Nationalen Medienrat, Gesetzblatt 2016 Nr. 929.

⁹ Gesetz vom 21.4.2005 über Rundfunkgebühren, Gesetzblatt 2005 Nr. 85 Pos. 728.

Durchsetzung der Gebührenerhebung oft wirkungslos – es gibt nicht nur zu wenige Kontrolleur:innen, sondern es besteht auch keine Verpflichtung, sie in die Wohnung oder das Haus zu lassen. Wie der Bericht hervorhebt: „Eine große Herausforderung für Rundfunkanstalten ist die mangelnde finanzielle Stabilität, die die öffentlichen Medien in ein Dilemma bringt: Auftrag oder Kommerzialisierung, und sie daran hindert, unparteiisch zu sein und ihre Funktion der sozialen Kontrolle und Unabhängigkeit von politischer Einflussnahme zu erfüllen. Darüber hinaus setzt der starke Wettbewerb auf dem Medienmarkt in Polen die öffentlichen Medien unter ständigen Druck, um Zuschauer zu konkurrieren“ (KRRiT 2025). Obwohl durch die Novellierung des Rundfunkgesetzes im Jahr 2020 die Liste der Finanzierungsquellen für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten um Zuschüsse aus dem Staatshaushalt erweitert wurde, handelt es sich hierbei nach wie vor nicht um eine garantierte, sondern um eine optionale Form der Finanzierung. Sie unterliegt zudem politischem Druck, wie die Blockade von 705.000 Euro an Finanzmitteln für die öffentlichen Medien im Jahr 2023 durch den Präsidenten deutlich gemacht hat (mehr dazu in Kapitel 3). Darüber hinaus ist Polen seit dem 8.8.2025 verpflichtet, die EU-Entschließung zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA) umzusetzen. Das EMFA führt eine Reihe neuer Vorschriften zum Schutz des Medienpluralismus und der Unabhängigkeit der Medien in der EU ein, um sicherzustellen, dass öffentliche und private Medien im EU-Binnenmarkt leichter und ohne politischen Druck grenzüberschreitend tätig sein können. Das im Au-

gust 2025 vom Ministerium für Kultur und nationales Erbe angekündigte neue Mediengesetz soll unter anderem die Abschaffung der Rundfunkgebühren und die Bereitstellung einer stabilen Finanzierungsquelle für öffentliche Medien vorsehen. Die Chancen, dass es vom Präsidenten unterzeichnet wird, sind jedoch gering (Press 2025).

2.3 Öffentliche Medien und Gesellschaft: Rezeption, Vertrauen und Publikumsdynamik

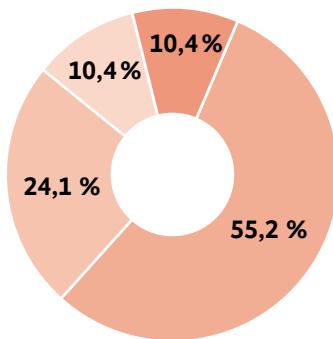
Im Juli 2025 veröffentlichte Reporter ohne Grenzen einen Bericht, in dem die Ergebnisse einer Umfrage zum Ausmaß des politischen Drucks auf die öffentlichen Medien vorgestellt wurden. Polen wurde darin neben Ungarn und Malta als „extremer“ Fall eingestuft (siehe Abbildung 2). Polen belegte außerdem Platz drei von 27 EU-Ländern hinsichtlich des Einflusses der Regierung auf die Redaktionen öffentlich-rechtlicher/staatlicher Medien.

Es besteht kein Zweifel, dass die politischen Ereignisse rund um die öffentlichen Medien, insbesondere während der PiS-Regierung, zu einem erheblichen Rückgang des Vertrauens in die Medienberichterstattung in Polen beigetragen haben. Obwohl die Vertrauensindikatoren seit dem Rekordtief im Jahr 2024 – dem Zeitpunkt des Machtwechsels im Land und dem Höhepunkt des Streits um die öffentlichen Medien – gestiegen sind, vertraut immer noch die Hälfte der Bevölkerung nicht auf die Unabhängigkeit und Wahrhaftigkeit der in den Medien bereitgestellten Informationen (siehe Abbildung 3). Betrachtet man nur den

Druck auf die öffentlichen Medien in den EU-Ländern

Abb. 2

Gibt es Druck (politischer, wirtschaftlicher oder anderer Art) auf die öffentlich-rechtlichen Medien in Ihrem Land?



Mehr als die Hälfte der RSF-Umfrageteilnehmenden (16 von 29) glauben, dass es in ihrem Land einen hohen Druck auf die öffentlich-rechtlichen Medien gibt (Griechenland, Italien, Spanien, Tschechien, Slowakei, Estland, Lettland, Zypern, Schweiz, Bulgarien, Slowenien, Österreich, Kroatien, Litauen, Finnland, Vereinigtes Königreich).

Bei mehr als der Hälfte der Befragten (16 von 29, also 55,17 Prozent) war der ausgeübte Druck politischer Natur, etwa durch Eingriffe in die Steuerung oder Veränderungen im Management (Griechenland, Italien, Ungarn, Spanien, Rumänien, Slowakei, Malta, Zypern, Bulgarien, Slowenien, Portugal, Österreich, Kroatien, Niederlande, Litauen, Frankreich, Vereinigtes Königreich).

■ extremer Druck (3): Ungarn, Malta, Polen

■ hoher Druck (16): Griechenland, Italien, Spanien, Tschechien, Slowakei, Estland, Lettland, Zypern, Schweiz, Bulgarien, Slowenien, Österreich, Kroatien, Litauen, Finnland, Vereinigtes Königreich

■ geringer Druck (7): Rumänien, Deutschland, Portugal, Niederlande, Belgien, Schweden, Frankreich

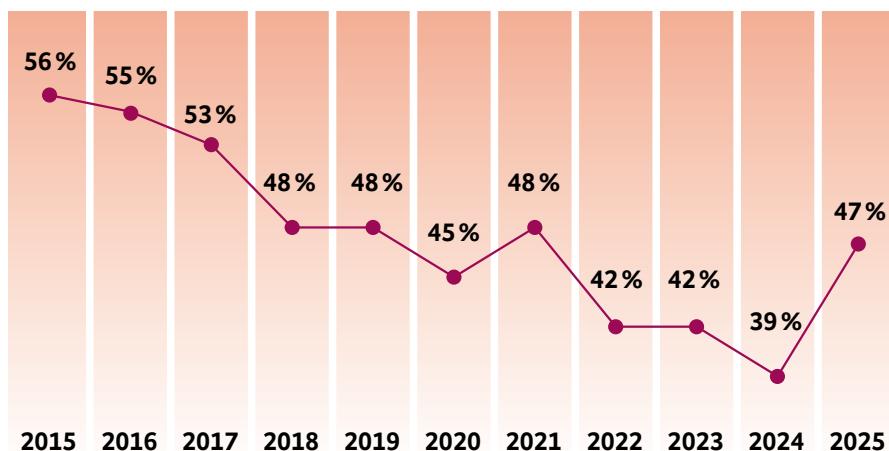
■ kein Druck (3): Irland, Dänemark, Luxemburg

Quelle: Reporters without Borders 2025.

Gesamtvertrauenswert in Nachrichten in Polen

Veränderungen im Zeitverlauf 2015–2025

Abb. 3



Quelle: Makarenko 2025.

öffentlicht-rechtlichen Rundfunk, so liegt das Vertrauen in den Fernsehsender TVP News (Hauptnachrichtensender des öffentlich-rechtlichen Rundfunks) nicht mal über 35 Prozent.

Das geringe Vertrauen und die anhaltende Krise der öffentlichen Medien im Land wirken sich auch auf die Zuschauerzahlen aus. Im Juli 2025 wurde TV Republika, ein konservativer und rechtsextremer Privatsender, mit einem Marktanteil von 6,81 Prozent, zum ersten Mal in der Geschichte Polens zum meistgesehenen Fernsehsender. Der wichtigste öffentlich-rechtliche Sender TVP1 fiel mit 6,8 Prozent auf den zweiten Platz zurück, was einem Rückgang von 21,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der drastische Rückgang der Zuschauerzahlen betraf nicht nur TVP1, sondern die meisten öffentlich-rechtlichen Fernsehsender – darunter TVP Info, das einen schockierenden Rückgang der Zuschauerzahlen

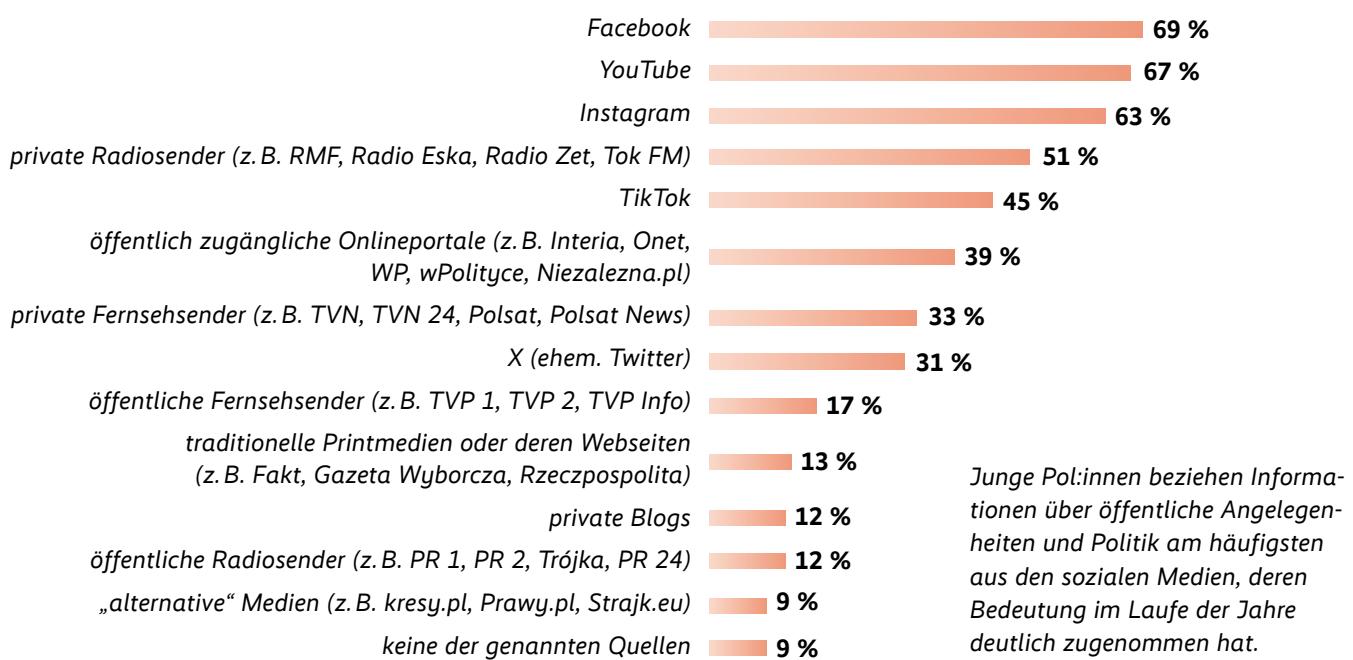
um über 70 Prozent verzeichnete (KRRiT 2025). Angesichts der immer weiter sinkenden Zuschauerzahlen wirft dies eine Reihe von Fragen sowohl hinsichtlich der Finanzierung der öffentlichen Medien als auch der Rundfunkgebühren

Informationsquellen für junge Pol:innen im Alter von 16 bis 29 Jahren

September 2024

Abb. 4

Wie häufig nutzt du die folgenden Informationsquellen zu Gesellschaft und Politik? Antwortmöglichkeiten: „sehr regelmäßig“ und „eher regelmäßig“



Quelle: Horonziak/Pazderski 2025.

auf. Besonders beunruhigend sind in diesem Zusammenhang die Trends beim Medienkonsum junger Pol:innen. Wie ein Bericht des Instituts für öffentliche Angelegenheiten aus dem Jahr 2024 zeigt, nutzen junge Pol:innen soziale Medien wie Facebook, YouTube und Instagram als ihre Hauptinformationsquelle (siehe Abbildung 4). Öffentlich-rechtliches Fernsehen oder Radio sind eines der seltensten Medien, die von ihnen zur Informationsbeschaffung über öffentliche Angelegenheiten genutzt werden. In Verbindung mit den insgesamt sinkenden Zuschauerzahlen scheint es, dass die öffentlichen Medien immer weniger Teile der Gesellschaft erreichen.

Die Schwächung der öffentlichen Medien führt oft zu einer verstärkten Nutzung alternativer Informationsquellen, insbesondere sozialer Medien. Die Voreingenommenheit der öffentlichen Medien ist zu einem der Hauptkritikpunkte an der Informationslandschaft des Landes geworden. Fake News gedeihen in einer Gesellschaft, die das Vertrauen in traditionelle Informationsquellen verliert, was wiederum die Polarisierung vertieft. Laut dem Eurobarometer vom Frühjahr 2025 glauben fast 80 Prozent der Pol:innen, dass sie häufig mit Desinformation konfrontiert sind (European Union 2025). Die Verschlechterung der Lage öf-

fentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten bedeutet oft eine Schwächung zuverlässiger Informationsquellen und bietet damit einen fruchtbaren Boden für die Verbreitung weniger zuverlässiger Quellen.

2.4 Digitalisierung und digitaler Wettbewerb

Die technologische Entwicklung und die Digitalisierung haben zu einem tiefgreifenden Wandel in der Art und Weise geführt, wie wir heute Medien konsumieren. Das hatte auch Auswirkungen auf die Vermarktungsmodelle der öffentlich-rechtlichen Medien, die nun mit ihren privaten Pendants konkurrieren mussten. Aus der Not heraus musste sich auch der polnische öffentlich-rechtliche Rundfunk an diese Veränderungen anpassen.

Im Jahr 2010 wurde als Unterseite von tvp.pl der Dienst TVP VOD gestartet, der Video-on-Demand-Inhalte anbietet (obwohl solche Dienste bereits seit 2007 in begrenztem Umfang auf der Website des öffentlich-rechtlichen Rundfunks existierten). Im Jahr 2023 wurde TVP VOD dann zusätzlich in TVP Stream integriert, den bisherigen Dienst, der das Livefernsehen ermöglicht. Obwohl der Marktanteil von TVP VOD nicht marginal ist, übertrifft er

Rangliste der beliebtesten Internet-Apps

Ergebnisse der Mediapanel-Umfrage, Juli 2025

Abb. 5

Nr.	Medienkanal	Nutzer:innen (Real Users)	Reichweite (Internet)
1	Google App	25.297.110	85,12 %
2	Facebook App	21.994.416	74,00 %
3	Messenger App	20.875.644	70,24 %
4	YouTube App	19.314.126	64,99 %
5	Google Maps App	19.169.784	64,50 %
6	Gmail App	18.669.366	62,82 %
7	WhatsApp Messenger	17.626.248	59,31 %
8	Temu App: Shop Like a Billionaire	14.209.992	47,81 %
9	Google Nachrichten (Wiadomości)	13.741.812	46,24 %
10	Instagram App	11.768.490	39,60 %
11	TikTok App	11.323.366	38,81 %
12	Google Fotos App	10.813.014	36,38 %
13	Biedronka App	10.019.823	33,73 %
14	Allegro App	8.803.920	29,62 %
15	Google Drive App	8.264.014	29,02 %
16	Spotify Music App	8.375.456	28,17 %
17	InPost Mobile App	8.346.402	28,07 %
18	Żappka App	8.145.036	27,41 %
19	Lidl Plus App	7.940.592	26,72 %
20	OLX.pl App	7.933.950	26,70 %

Quelle: Mediapanel 2025.

nicht die größten ausländischen Video-on-Demand-Dienstleister. Im April 2025 belegte Netflix in Polen den ersten Platz in Bezug auf die Anzahl der Nutzer:innen (9,75 Millionen), die durchschnittliche Verweildauer auf der Plattform (5 Stunden und 55 Minuten) und den Anteil der Nutzungszeit (über 45 Prozent). Danach folgten MAX, Disney+ und Canal+ online (HDTV.pl 2025). TVP VOD belegte mit 2,55 Millionen Nutzer:innen, einer durchschnittlichen monatlichen Verweildauer von 3 Stunden 59 Minuten und einem Anteil von 7,94 Prozent an der Gesamtnutzung den fünften Platz im Ranking. Allerdings liegt TVP VOD nicht in allen Bereichen zurück. Im August 2025 verzeichnete die mobile App von TVP VOD die höchste durchschnittliche Verweildauer pro Nutzer:in. Mit 6 Stunden und 7 Minuten übertraf sie Dienste wie Netflix und Player (TVP.info 2025). Diese Anwendung kann jedoch trotz ihrer 2,86 Millionen Nutzer:innen nicht mit den marktbeherrschenden Anwendungen mithalten (siehe Abbildung 5). Aus diesem Grund unterhält TVP unter anderem auch eigene Konten auf TikTok (396.100 Follower @tvp) und Instagram (572.000 Follower @tvp.info), obwohl deren Reichweite kaum als Erfolg bezeichnet werden kann.

Das öffentliche Unternehmen Telewizja Polska verfügt auch über mehrere Webportale, darunter das Hauptportal Tvp.pl und zusätzliche Dienste wie das Informationsportal Tvp.info. Die Domains des öffentlich-rechtlichen Senders gehören jedoch nicht einmal zu den 20 beliebtesten Portalen in Polen und werden von anderen privaten Medien und Online-Webportalen übertroffen.

Betrachtet man ausschließlich das Ranking der Nachrichtenportale, liegt Tvp.info mit 2,56 Millionen Nutzer:innen an dritter Stelle in Polen, hinter den privaten Fernsehportalen Tvn24.pl (10,4 Millionen Nutzer:innen) und Polsatnews.pl (5,85 Millionen Nutzer:innen). Tvrepublika.pl liegt mit 1,1 Millionen Nutzer:innen knapp dahinter (Niedbalski 2025).

Ein weiteres wichtiges Element des Digitalisierungsprozesses des polnischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist die Entwicklung und Einführung der Technologie Digital Audio Broadcasting Plus (DAB+). Dabei handelt es sich um die schrittweise Digitalisierung der Funkfrequenzen, die die Übertragung von Radiosignalen in Form von Daten ermöglicht und eine verbesserte Tonqualität, zusätzliche Informationen und die Möglichkeit bietet, mehrere Sender auf einer einzigen Frequenz zu übertragen. Bis Dezember 2024 hatte die DAB+-Abdeckung in Polen insgesamt 87,9 Prozent der Bevölkerung und 75 Prozent des Staatsgebiets erreicht (WorldDab 2025). Der polnische Rundfunk ist ein Pionier im Bereich des digitalen Rundfunks, da alle seine Programme derzeit digital ausgestrahlt werden.

Der Prozess der Digitalisierung erfordert neue Methoden und Lösungen, um das Publikum im Zeitalter von künstlicher Intelligenz, sozialen Medien und Streaming-Plattformen anzusprechen. Öffentliche Rundfunkanstalten müssen daher ein Gleichgewicht finden zwischen neuen Wegen, um neue Zielgruppen zu erreichen, wie z.B. junge Menschen, die kein traditionelles Radio und Fernsehen benötigen. Gleichzeitig darf ihre öffentliche Aufgabe nicht von den Anforderungen der Verbraucher:innen überschattet

werden. Wie der Nationale Rundfunkrat (KRRiT) in einem aktuellen Bericht warnte, „hängt die Zukunft der öffentlichen Medien weitgehend von der Anpassung der Technologie und der Erstellung von Programmen ab, die den Erwartungen und Gewohnheiten des Publikums entsprechen“ (KRRiT 2025: 14). Die derzeitige Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Polen und die erheblichen Herausforderungen im Zusammenhang mit seiner Politisierung und instabilen Finanzierung verhindern jedoch weitgehend, dass dieses Ziel zufriedenstellend erreicht werden kann.

3. Politische Veränderungen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Eine der größten Herausforderungen für den polnischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist seine tiefgreifende Politisierung und strukturelle Abhängigkeit von der regierenden politischen Konstellation. Diese Situation ist nicht nur auf unzureichend formulierte gesetzliche Bestimmungen zurückzuführen, sondern auch auf aufeinanderfolgende Reformen, die die gesetzlichen Garantien für die Unabhängigkeit nach und nach ausgeöhlt haben. Die Schwächung des Rundfunks kann insofern nicht auf einzelne Vorfälle zurückgeführt werden, sondern ist vielmehr das Ergebnis eines langjährigen Prozesses des institutionellen Niedergangs. Eine Analyse des Verlaufs dieses Niedergangs zeigt, dass die Wiederherstellung der Autonomie der öffentlich-rechtlichen Medien ebenfalls nicht durch eine einzige gesetzgeberische Maßnahme erreicht werden kann. Vielmehr bedarf es eines umfassenden Pakets systemischer Reformen, die auf die Umstrukturierung des Netzwerks miteinander verflochtener Institutionen und Regulierungsmechanismen abzielen, die für die Steuerung der Rundfunkanstalt zuständig sind.

3.1 Schwächung der Rolle des Nationalen Rundfunkrats

Das Verfassungsorgan, das die Meinungsfreiheit, das Recht auf Information und das öffentliche Interesse im Bereich des Rundfunks und Fernsehens schützt, ist der Nationale Rundfunkrat (KRRiT). Seine Mitglieder werden wie folgt ernannt: Zwei Mitglieder werden vom Sejm der Republik Polen, ein Mitglied vom Senat der Republik Polen und zwei Mitglieder werden vom Präsidenten der Republik Polen ernannt. Ihre Amtszeit beträgt sechs Jahre. Diese Zusammensetzung soll die Möglichkeit einer Machtkonzentration einer politischen Option verringern, jedoch ist es im Falle einer Regierung mit Unterstützung des Präsidenten recht einfach, eine politisierte Zusammensetzung zu erreichen, wie dies während der Regierungszeit der PiS-geführten Koalition auch der Fall war. Es ist jedoch anzumerken, dass nach 2015 die verfassungsrechtliche Stellung dieses Gremiums erheblich geschwächt wurde und einige seiner wichtigsten Kompetenzen auf den Nationalen Medienrat übertragen wurden. Im Jahr 2015 setzte die PiS-geführte Regierung ein Gesetz durch, das der KRRiT ihren Einfluss auf die Zusammensetzung der Verwaltungs- und Aufsichtsräte der

öffentlichen Medienunternehmen (TVP und Polnischer Rundfunk) sowie auf den Inhalt der Satzungen dieser Unternehmen entzog und diese Zuständigkeit auf den Minister für Staatsvermögen übertrug. Der Ermessensspielraum bei der Ausübung der der KRRiT durch die Verfassung übertragenen Befugnisse wurde damit erheblich eingeschränkt und die Institution wurde ihrer wesentlichen Funktionen beraubt, was dazu führte, dass sie ihre verfassungsmäßige Aufgabe nicht mehr erfüllen konnte. Diese Einschätzung wurde durch ein Urteil des Verfassungsgerichts vom 13.12.2016 bestätigt, in dem festgestellt wurde, dass es verfassungswidrig sei, der KRRiT – einer gemäß der Verfassung der Republik Polen eingerichteten Einrichtung – ihre Rolle bei der Ernennung und Entlassung der Leitungsgremien öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten zu entziehen.¹⁰ Obwohl das Verfassungsgericht die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung anordnete, wurde das Urteil nicht umgesetzt. Im Juni 2016 verabschiedete die PiS-geführte Regierung stattdessen ein neues Gesetz über den Nationalen Medienrat¹¹ und erklärte das vom Verfassungsgericht angefochtene Gesetz in diesem Fall für unwirksam.

3.2 Der Nationale Medienrat als neue Entscheidungsinstanz

Das Gesetz über den Nationalen Medienrat schuf ein neues Gremium – den Nationalen Medienrat – und übertrug ihm die Befugnis zur Ernennung und Entlassung von Mitgliedern öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie der Polnischen Presseagentur. Theoretisch übernahm der Rat diese Befugnisse vom für die Staatskasse zuständigen Minister, doch in Wirklichkeit handelt es sich dabei um die ursprünglichen Befugnisse des Nationalen Rundfunkrats (KRRiT). Die Zusammensetzung des neuen Gremiums, das in das öffentliche Mediensystem eingeführt wurde, war von Anfang an fragwürdig (Jaskuła 2022), da sie direkt von der parlamentarischen Mehrheit abhängt. Der Rat besteht aus fünf Mitgliedern, von denen drei vom Sejm gewählt und zwei vom Präsidenten der Republik Polen auf Grundlage von Kandidat:innen ernannt werden, die von den Oppositionslagern nominiert werden, mit der Maßgabe, dass der Präsident die Mitglieder unabhängig ernennen kann, wenn alle Oppositionsfaktionen darauf verzichten, ihre Vertreter:innen für das neue Gremium zu nominieren. Darüber hinaus kann ein Mitglied des Nationalen Medienrats im Gegensatz zur Zusammensetzung des KRRiT Politiker:in sein und gleichzeitig ein Mandat im Sejm oder Senat innehaben.

Der Nationale Medienrat wurde schnell zu einem unterstützenden Gremium für die Regierung und ernannte neue Vorstände für öffentliche Medienunternehmen, die die Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks rasch auf voreingenommene und propagandistische Botschaften

umstellten. Der Menschenrechtsbeauftragte hat wiederholt in die Angelegenheiten der öffentlichen Medien eingegriffen und betont, dass die öffentlichen Medien in Polen den Pluralismus, die Unparteilichkeit, die Ausgewogenheit und die Unabhängigkeit der Berichterstattung, die sie laut Gesetz gewährleisten sollten, nicht aufrechterhalten (Rzecznik Praw Obywatelskich 2024). Er zitierte auch unabhängige Analysen verschiedener Forschungszentren, darunter des Rates für die polnische Sprache, der in einem Bericht feststellte, dass „TVP News den Bürgern keine objektiven Informationen vermittelt, sondern seine eigene Sichtweise der diskutierten Ereignisse. [...] Die Sprach- und Kommunikationspraktiken in den Nachrichtentickern sind oft manipulativ – der persuasive Einfluss des Senders auf das Publikum ist versteckt und verfolgt die besonderen Ziele des Senders, ohne das allgemein verständliche und inklusive Konzept des Gemeinwohls zu berücksichtigen“ (Rada Języka Polskiego 2019). Diese Situation hat zu einem erheblichen Rückgang des Vertrauens der Öffentlichkeit in die öffentlichen Medien geführt und einen gefährlichen Präzedenzfall für die Störung des Gleichgewichts der politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte im Land geschaffen, wodurch die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zugunsten des regierenden Lagers verzerrt wird. Dieser Vorteil machte sich, wie geschildert, besonders während der Parlamentswahlen 2023 bemerkbar, als die öffentlichen Medien offen zur Unterstützung des Wahlkampfs des Regierungslagers eingesetzt wurden. Die Analyse des ODIHR ergab, dass „die politische Berichterstattung der wichtigsten öffentlichen Medien (TVP1, TVP2, TVP Info, Jedynka) oft auf manipulative und verzerrte Weise über gesellschaftspolitische Ereignisse berichtete und dabei die Regierungspartei, die Regierung und ihre Politik förderte. Umgekehrt griff sie die wichtigste Oppositionspartei KO und ihren Vorsitzenden konsequent an und erwähnte andere konkurrierende Parteien nur selten, was die politische Polarisierung in der Gesellschaft weiter vertiefte“ (ODIHR 2024). Nachdem die von der KO geführte Koalition die Parlamentswahlen 2023 gewonnen hatte, kündigte sie sofort an, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der öffentlichen Medien im Land zu ergreifen. Bis heute wurden jedoch keine Gesetzesänderungen in Bezug auf beide Institutionen eingeführt.

3.3 Der Stand der Liquidation der polnischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkgesellschaften

Am 19.12.2023 verabschiedete der Sejm, der nun über eine Mehrheit der Stimmen der von der KO geführten Koalition verfügte, eine Resolution zur „Wiederherstellung der Rechtsordnung und der Unparteilichkeit und Zuverlässigkeit der öffentlichen Medien und der polnischen Presseagentur“¹². Diese Resolution löste eine Reihe von Protesten

¹⁰ Vgl. Wyrok Trybunału Konstytucyjnego z dnia 13 grudnia 2016 r. sygn. akt K 13/16, Dz.U. 2016 poz. 2210, Sejm RP.

¹¹ Gesetz vom 22.6.2016 über den Nationalen Medienrat, Gesetzblatt 2016 Nr. 929.

¹² Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 19 grudnia 2023 r. w sprawie przywrócenia ładu prawnego oraz bezstronności i rzetelności mediów publicznych oraz Polskiej Agencji Prasowej, M.P. 2023 poz. 1477, Sejm RP.

von PiS-Abgeordneten und Journalist:innen aus, die mit dem früheren Regierungslager verbunden waren. Am selben Tag entließ der damalige Minister für Kultur und nationales Erbe, Bartłomiej Sienkiewicz, unter Berufung auf das Handelsgesetzbuch die Verantwortlichen der öffentlichen Medien, darunter TVP, und umging dabei den Nationalen Medienrat, der zu diesem Zeitpunkt mit Mitgliedern besetzt war, die mit dem früheren Regierungskreis verbunden waren. Obwohl das Handelsgesetzbuch den Eigentümer:innen von Unternehmen (in diesem Fall dem Staatsschatz) die Möglichkeit einräumt, die Vorstände und die jeweiligen Aufsichtsräte zu entlassen, war die Schlussfolgerung, dass das Handelsgesetzbuch in diesem Fall angewendet werden kann, nicht mit der systemischen Auslegung vereinbar, die sich aus dem allgemeinen Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens ableitet. Die Position, die die Befugnis eines Regierungsvorstellers/einer Regierungsvertreterin zur Entlassung und Ernennung von Mitgliedern der Leitungsgremien öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten anerkennt, stieß bei Verfassungsrechtler:innen und Fachleuten auf Zweifel, insbesondere ange-sichts früherer Urteile des Verfassungsgerichtshofs (Helsińska Fundacja Praw Człowieka 2023). Als Piotr Zemta, der neu ernannte Vorsitzende des Aufsichtsrats von TVP, im Fernsehgebäude eintraf, wurde er unter anderem von PiS-Abgeordneten am Zugang gehindert. Die Blockade des Fernsehsenders führte auch dazu, dass der Hauptnachrichtensender TVP Info zum ersten Mal in seiner Geschichte aus dem Programm genommen wurde. Die Methode zur Umsetzung der Veränderungen in den Vorständen der öffentlichen Medienunternehmen wurde auch von Präsident Andrzej Duda infrage gestellt. Unter Verweis auf die Rechtswidrigkeit des Versuchs, die öffentlichen Medien zu übernehmen, entschied er sich, sein Veto gegen das Gesetz zur Umsetzung des Haushaltsgesetzes einzulegen¹³ und stellte die von der neuen Regierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bereitgestellten finanziellen Mittel infrage. Als Reaktion darauf beschloss Minister Sienkiewicz, Telewizja Polska S.A., Polskie Radio S.A. und Polska Agencja Prasowa S.A. zu liquidieren, um den weiteren Betrieb dieser Unternehmen sicherzustellen (Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego 2023). Der Liquidationszustand besteht bis heute (September 2025) fort, und die öffentlichen Medien werden mit zusätzlichen staatlichen Mitteln betrieben. In der Zwischenzeit wurde die Zusammensetzung des Nationalen Medienrats geändert, und seit Dezember 2024 ist Wojciech Król, Abgeordneter der KO, dessen Vorsitzender. Die neue Zusammensetzung des Rates, in der die derzeitige Regierungspartei die Mehrheit hat, hob offiziell den Beschluss der vorherigen Zusammensetzung des Nationalen Medienrats auf und legitimierte damit die zuvor vorgenommenen Änderungen.

Obwohl die Liquidation ein Zustand ist, der, nachdem alle notwendigen Maßnahmen zur Durchführung des Liquidationsprozesses ergriffen wurden, beendet sein soll-

te, arbeiten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkdienste im Jahr 2025 nach ähnlichen Grundsätzen wie zuvor. Im August 2025 gab Marta Cienkowska, Ministerin für Kultur und nationales Erbe, bekannt, dass ein neues Mediengesetz bereits vorbereitet ist, das unter anderem die Auflösung des Nationalen Medienrats, die Reduzierung der Anzahl öffentlich-rechtlicher Fernsehsender und die Einführung einer neuen, transparenteren und entpolitisierteren Methode zur Wahl der Vorstände öffentlich-rechtlicher Medien vorsieht. Nach dessen Einführung soll der Liquidationszustand der öffentlichen Medien aufgehoben werden. Die Verabschiebung dieses Gesetzes hängt jedoch nicht nur von der regierenden Mehrheit ab, sondern auch von der Unterstützung durch den neuen polnischen Präsidenten Karol Nawrocki, der 2025 gewählt wurde. Zudem besteht keine Gewissheit, dass die vorgeschlagenen Änderungen tatsächlich die Garantien für die politische Unabhängigkeit des Ernennungsprozesses sowohl der KRRiT als auch der Aufsichtsräte der Mitglieder der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaften stärken werden. Die bisherigen Maßnahmen der neuen Regierung zielen eher darauf ab, die Kontrolle über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „zurückzugewinnen“ als tatsächlich die Unabhängigkeit von der regierenden politischen Partei wiederherzustellen.

4. Wichtigste Ergebnisse und politische Empfehlungen

Zwischen 2015 und 2023 waren die öffentlichen Medien in Polen unter der PiS-geführten Regierung einer intensiven Politisierung und Instrumentalisierung ausgesetzt, was ihre gesetzlichen Verpflichtungen ebenso wie das Vertrauen der Öffentlichkeit untergrub. Die Einrichtung des Nationalen Medienrats und politisch motivierte Veränderungen im Management festigten die Vereinnahmung durch den Staat, was zu einer voreingenommenen Berichterstattung und Verstößen gegen das Rundfunkgesetz führte. Der Parlamentswahlkampf 2023 verdeutlichte das Ausmaß der Parteilichkeit, wobei der öffentlich-rechtliche Rundfunk eher als Propagandainstrument denn als pluralistisches Medium fungierte. Obwohl die neue KO-geführte Koalition versprochen hatte, die Unparteilichkeit wiederherzustellen, stießen ihre Maßnahmen auf rechtlichen und politischen Widerstand, insbesondere seitens des Präsidenten und der PiS-nahen Institutionen. Darüber hinaus zeigten darauf folgende Entscheidungen der Regierungskoalition, dass sie eher bestrebt war, die öffentlichen Medien vom Einfluss der vorherigen Regierung zu befreien, als Vorschriften einzuführen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von dem politischen Einfluss einer Regierungspartei unabhängig machen. Die derzeitige Liquidation staatlicher Medienunternehmen und weitere umstrittene Reformen der Unternehmensführung verdeutlichen sowohl die Dringlichkeit als auch die Komplexität eines systemischen Wandels. Ohne einen breiten politischen Konsens und ein neues

¹³ Nach polnischem Recht erfordert die ordnungsgemäße Umsetzung des Haushaltspans die Verabschiedung eines sogenannten Gesetzes zur Umsetzung des Haushaltsgesetzes (ustawa oklobudżetowa), das unter anderem die Zuweisung von Mitteln für einzelne Haushaltsteile regelt. Während der Präsident das Haushaltsgesetz selbst nicht blockieren kann, unterliegt das haushaltsbezogene Gesetz wie jedes andere Gesetz auch seinem Veto.

Mediengesetz bleiben die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien in Polen auch in Zukunft ungewiss.

Empfehlungen

Da die größte Herausforderung für die öffentlichen Medien in Polen ihre mangelnde Unparteilichkeit und ihre Abhängigkeit von politischem Einfluss ist, sollten die Änderungen in erster Linie darauf abzielen, die größtmögliche Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Professionalität der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu gewährleisten.

- Das Verfahren zur Auswahl der Mitglieder der Verwaltungs- und Aufsichtsräte öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sollte die Möglichkeit politischer Einflussnahme und die Umgehung von Vorschriften einschränken, indem es sich auf die Transparenz der festgelegten Auswahlkriterien und ein unvoreingenommenes Berufungsverfahren konzentriert, um so den politischen Einfluss auf die gewählten Mitglieder zu begrenzen.
- Der Nationale Medienrat, der als Organ den bestehenden Nationalen Rundfunkrat (KRRiT) dupliziert und politisiert, sollte abgeschafft werden. Seine Abschaffung sollte jedoch mit Änderungen innerhalb des KRRiT selbst einhergehen.
- Der Nationale Rundfunkrat (KRRiT) sollte entpolitisiert werden, vor allem durch eine Änderung des Verfahrens zur Wahl der Ratsmitglieder, um ihn von der amtierenden sowie künftigen Regierungen unabhängig zu machen.
- Die Liquidation der öffentlichen Medien in Polen sollte aufgehoben werden, wobei eine stabile Finanzierungsquelle unabhängig von politischem Druck und in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes sichergestellt werden sollte.
- Eine Umgestaltung des Finanzierungssystems für die öffentlichen Medien des Landes sollte in Betracht gezogen werden. Es wäre ratsam, einen festen Teil des Haushalts für die öffentlichen Medien bereitzustellen. Gleichzeitig sollte die Tragfähigkeit der Beibehaltung der Fernseh- und Rundfunkgebühren geprüft werden. Bei einer Beibehaltung sollte das Gebühreneinzugssystem umgestaltet und das Mandat der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten durch regelmäßige Berichte über Investitionen und Innovationen, finanziert durch Rundfunkgebühren, gestärkt werden.

Über die Autorin

Dr. Sonia Horonziak ist Programmleiterin am Institut für öffentliche Angelegenheiten in Warschau und analysiert die Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Polen und Mitteleuropa – mit besonderem Fokus auf Wahlen, Desinformation und Medien.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (TVP1, TVP2, TVP Info)

Abbildung 2: Druck auf die öffentlichen Medien in den EU-Ländern

Abbildung 3: Gesamtvertrauenswert in Nachrichten in Polen, Veränderungen im Zeitverlauf 2015–2025

Abbildung 4: Informationsquellen für junge Poli:innen im Alter von 16 bis 29 Jahren, September 2024

Abbildung 5: Rangliste der beliebtesten Internet-Apps, Ergebnisse der Mediapanel-Umfrage, Juli 2025

Literaturverzeichnis

Civil Liberties Union for Europe (2022): Media Freedom Report 2022, Berlin, <https://www.liberties.eu/f/KBEEq5> (14.11.2025).

CBOS (2023): Postrzeganie mediów Nr. 132/2023, https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2023/K_132_23.PDF (11.9.2025).

Dobek-Ostrowska, B. (2022): Das polnische Mediensystem: Drei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Kommunismus: Dynamik des Wandels vor dem Hintergrund Mittel- und Osteuropas, in: Kępa-Mętrak, J.; Ciszek, P. (Hrsg.): Das polnische Mediensystem im Wandel, Band 2, Kielce.

European Union (2025): Standard Eurobarometer 103: Spring 2025, Dataset AP, https://data.europa.eu/data/datasets/s3372_103_3_std103_eng?locale=en (14.9.2025).

Freedom House (2022): Poland: Freedom of Expression and Belief, <https://freedomhouse.org/country/poland/freedom-world/2022> (11.9.2025).

HDTV.pl (2025): Największy serwis VoD w Polsce: Netflix, Max czy Disney+? Są najnowsze dane!, <https://hdtvpl.com/najwiekszy-serwis-vod-netflix-max-disney-plus-ranking-platformy-polska/> (26.9.2025).

Helsińska Fundacja Praw Człowieka (2023): Stanowisko Helsińskiej Fundacji Praw Człowieka w sprawie zmian w mediach publicznych, <https://hfhr.pl/aktualnosci/stanowisko-hfpc-ws-zmian-w-mediac-publicznych> (13.9.2025).

Horonziak, S.; Pazderski, F. (2025): Młodzi w Europie Środkowej 2024: Polska, Instytut Spraw Publicznych, <https://www.isp.org.pl/pl/publikacje/mlodzi-w-europie-srodkowej-2024-wyniki-badania-w-polsce> (13.9.2025).

Jaskuła, L. (2022): Problemy w wykonywaniu zadań przez Krajową Radę Radiofonii i Telewizji w kontekście utworzenia Rady Mediów Narodowych, in: Studia Prawnoustrojowe 58 (2022).

KRRIT (2025): Sprawozdanie KRRiT z działalności w 2024 roku, <https://www.gov.pl/web/krrit/sprawozdania-i-informacja-z-dzialalnosci-w-2024-roku> (13.9.2025).

Makarenko, V. (2025): Poland: Digital News Report 2025, The Reuters Institute, <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/digital-news-report/2025/poland> (13.9.2025).

Maślak-Stępnikowska, P. (2024): Finansowanie Mediów Publicznych, Instytut Zamenhofa, <https://zamenhof.pl/2024/06/18/finansowanie-mediow-publicznych/> (13.9.2025).

Mediapanel (2025): Wyniki badania Mediapanel za lipiec 2025 – internet, <https://media-panel.pl/pl/aktualnosci/wyniki-badania-mediapanel-za-lipiec-2025-internet/> (26.9.2025).

Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego (2023): Komunikat Ministra Kultury i Dziedzictwa Narodowego, <https://www.gov.pl/web/kultura/komunikat-ministra-kultury-i-dziedzictwa-narodowego> (13.9.2025).

Niedbalski, M. (2025): Tvn24.pl umocnił się na pozycji lidera portali telewizyjnych stacji informacyjnych, Press, https://www.press.pl/tresc/87843,tvn24_pl-umocnil-sie-na-pozycji-lidera-portali-telewizyjnych-stacji-informacyjnych (26.9.2025).

ODIHR (2024): Republic of Poland: Parliamentary Elections 15 October 2023: Limited Election Observation Mission Final Report, Warschau, <https://www.osce.org/odihr/elections/poland/548260> (11.9.2025).

Press (2025): Ustawa medialna wysłana, ale prezydent jej nie podpisze: „Szanse równe zeru“, 4.9.2025, https://www.press.pl/tresc/89178,ustawa-medialna-wyslana_-ale-prezydent-jej-nie-podpisze_-_szanse-rowne-zeru_ (14.9.2025).

Rada Języka Polskiego (2019): Sprawozdanie o stanie ochrony języka polskiego za lata 2016–2017, Druk nr 3324, <https://orka.sejm.gov.pl/Druki8ka.nsf/0/C4B224C28DB9367BC12583CB0032CA99/%24File/3324.pdf> (13.9.2025).

Reporters without Borders (2025): Pressure on Public Media: A Decisive Test for European Democracies, <https://rsf.org/en/rsf-publishes-new-report-protect-europe-s-public-media> (13.9.2025).

Rzecznik Praw Obywatelskich (2024): Sytuacja w mediach publicznych, Ponowna odpowiedź MKiDN, <https://bip.brpo.gov.pl/pl/content/rpo-media-publiczne-sytuacja-potrzebna-nowelizacja-mkidn-ponowne-odpowiedz> (13.9.2025).

TVP.info (2025): Wzrost zainteresowania TVP VOD i kanałami w streamingu, <https://www.tvp.info/89063096/telewizja-polska-rosnie-w-segmencie-online-sa-nowe-dane> (26.9.2025).

WorldDab (2025): Poland, <https://www.worlddab.org/countries/poland> (26.9.2025).

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Kontakt

Dr. Johannes Crückeberg
Johannes.Crueckeberg@fes.de

Mit Unterstützung durch das FES Landesbüro Polen:
www.fes-polsha.org/pl/

Bildnachweis

Titellillustration: Till Lukat

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Januar 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
www.fes.de/publikationen

